

Niederschrift

5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.05.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Holger Pohlmann

Frau Cordula Schultz

Frau Monika Saggau

Herr Joachim Brunkhorst

Vertretung für: Herrn Alexander
Storjohann

Frau Ingrid Helmrich

Herr Uwe Machnitzki

Herr Dr. Hartmut Marsch

Vertretung für: Frau Annelie Eick

Frau Miriam Raad

Herr Christian Waldheim

ab 18:15

Herr Torben Heyl

Frau Andrea Pasberg

Herr Hauke von Essen

Herr Toni Köppen

Vertretung für: Frau Iris Hiller

Herr Holger Weihe

Herr Rainer Schuchardt

Frau Dilek Agdan Migrationsbeauftragte

Frau Ulrike Höhne

Vertretung für: Herrn Christoph
Weiß

Herr Stankat Jugendamtsleiter

Frau Görner FDL Soziale Dienste West

Herr Heinze FDL Wirtschaftliche und rechtliche Ju-
gendhilfe

Frau Wientapper-Joost FDL Soziale Dienste Nord

Frau Wollmer FDL Soziale Dienste Ost

Herr Wenzel FDL Kita, Jugend, Schule, Kultur

Herr Kerder Jugendhilfeplanung

Abwesende:

Herr Alexander Storjohann -
Frau Annelie Eick -
Frau Sabine Ivert-Klinke -
Herr Jörg Kraft -
Frau Jana Oelschlägel -
Frau Iris Hiller -
Herr Christoph Weiß -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.02.2019
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Evaluation der Sozialraumorientierung im Jugendamt des Kreises Segeberg durch das Institut für Soziale Arbeit e.V."
Vorlage: DrS/2019/084
 - 3.2 Mündl. Berichte von Trägern über Projekte der Sozialraumorientierung und deren Wirkung
 - 3.3 Neufassung der Richtlinien des Kreises Segeberg zur Gewährung von Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII ab dem 01.07.2019
Vorlage: DrS/2019/077

(nichtöffentlich)

- 3.4 Ausschreibung von Beratungsleistungen für Pflegepersonen gem. § 37 (2) SGB VIII ab dem Jahr 2020
Vorlage: DrS/2019/071

(öffentlich)

- 3.5 Überplanmäßige Förderung von Projekten nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie zur Stärkung sozialräumlicher Angebote im Rahmen von Regionalbudgets in Henstedt-Ulzburg
Vorlage: DrS/2017/013-2

- 3.6 1. Nachtragssatzung zur Satzung für das Jugendamt des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2019/041-1
- 4 Berichte der Verwaltung
- 4.1 Bericht zum aktuellen Stand der "Kita-Reform" in Schleswig-Holstein
Vorlage: DrS/2019/083
- 4.2 Anfrage der FDP-Fraktion zu Betriebskindertagesstätten
Vorlage: DrS/2019/068
- 4.3 Anfrage der Wählerinitiative Segeberg zu Pflegeeltern
Vorlage: DrS/2019/085
- 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht I/2019
Vorlage: DrS/2019/086
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II
- 7 Bekanntgabe des nichtöffentlich gefassten Beschlusses

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

u 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Stankat erläutert auf Nachfrage von Herrn Schuchardt, dass zu TOP 3.6 (1. Nachtragssatzung zur Satzung für das Jugendamt) bereits ein Beschluss des Kreistags vorliege. Der TOP solle den Jugendhilfeausschuss über die vorliegende Fassung der Satzung informieren.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden, den TOP 3.4 (Ausschrei-

bung von Beratungsleistungen für Pflegepersonen) nichtöffentlich zu beraten, zu. Weiterhin wird TOP 7 eingefügt (Bekanntgabe des nichtöffentlich gefassten Beschlusses). Die Bekanntgabe des Beschlusses erfolgt nach TOP 3.4.

Die Tagesordnung wird entsprechend einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.02.2019

Es werden keine Änderungsanträge vorgetragen. Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 10 Ablehnung: - Enthaltung: 2

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Evaluation der Sozialraumorientierung im Jugendamt des Kreises Segeberg durch das Institut für Soziale Arbeit e.V.” Vorlage: DrS/2019/084

Herr Dr. Jordan stellt den Bericht zur Evaluation zur Wirkung des Fachkonzeptes Sozialraumorientierung im Jugendamt des Kreises Segeberg vor. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Herr Brunkhorst möchte wissen, warum der Aspekt der Integrationsarbeit mit jugendlichen Flüchtlingen nicht im Bericht aufgenommen worden sei. Herr Dr. Jordan erklärt, dass diese Arbeit stark durch ehrenamtliche Arbeit und kaum im Jugendamt betreut werde.

Frau Saggau lobt die Ergebnisse der Untersuchung und möchte wissen, ob es seitens der Mitarbeiter Anregungen oder Wünsche für die zukünftige Arbeit gebe. Herr Dr. Jordan teilt mit, dass die Wünsche im Bericht eingeflossen seien, teilweise seien noch Konkretisierungen gewünscht.

Herr Dr. Jordan erläutert auf Nachfrage von Frau Pasberg, dass versucht worden sei, alle Träger aus den Sozialräumen einzubeziehen. Ein Träger sei zwischenzeitlich ausgeschieden, hier habe es ein Einzelinterview gegeben. Weiter teilt er mit, dass es einen Langbericht gebe, der genauere Ergebnisse beinhalte. Herr Stankat sagt die Zusendung dieses Berichts zu. Weiter fasst er zusammen, dass die Evaluation durchaus auch Mängel und Handlungsbedarfe aufgezeigt habe. Deren Beseitigung sei eine Herausforderung damit Kinder und Jugendliche künftig noch besser geschützt werden könnten. Von Jugendhilfeausschuss und Verwaltung des Jugendamtes seien bewusst ehrgeizige Ziele gesteckt worden.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass die Kenntnisnahme des Berichts nicht ausreichend sei und die weitere Vorgehensweise vom Jugendhilfeausschuss begleitet werden solle. Herr Dr. Marsch spricht sich dafür aus, den weiteren Prozess auf der Grundlage des Langberichts zu begleiten. Für einen ersten Überblick sei der vorlie-

gende Kurzbericht sehr gut. Herr Stankat sichert zu, den Ausschuss in folgenden Sitzungen mit der Weiterentwicklung des SRO-Fachkonzeptes und seiner Umsetzung zu befassen.

zu 3.2 Mündl. Berichte von Trägern über Projekte der Sozialraumorientierung und deren Wirkung

Herr Gebauer stellt das Modell Krisenwohnung vor. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Auf Nachfrage von Frau Saggau erläutert Herr Gebauer, dass die Verweildauer in der Krisenwohnung zwischen zwei Tagen und etwa acht Wochen dauern könne. Eine Beheimatung solle vermieden werden, es handele sich lediglich um eine Übergangslösung. Herr Pohlmann lobt das Konzept und dass dieses von der Verwaltung mitgetragen werde.

zu 3.3 Neufassung der Richtlinien des Kreises Segeberg zur Gewährung von Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII ab dem 01.07.2019 Vorlage: DrS/2019/077

Herr Heinze führt in die Vorlage ein und erläutert die Einzelheiten zu den Änderungen.

Herr Dr. Marsch begrüßt die neue Richtlinie und die erfolgte Pauschalisierung. Gleichzeitig bemängelt er, dass der Fokus der Bewertungskriterien für Mehrbedarfe auf den Defiziten der Kinder läge. Frau Görner teilt mit, dass die Inhalte in einer landesweiten Arbeitsgruppe diskutiert worden seien und eine Vereinheitlichung auf Landesebene das Ziel sei. Auch wenn die Bedenken fachlich geteilt werden, so wird in dem nun landesweit abgestimmten Verfahren ein gangbarer Weg zur Bedarfsfeststellung gesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die anliegende Neufassung der Richtlinien des Kreises Segebergs für Hilfen zur Erziehung in Vollzeitpflege gemäß § 33 SGB VIII tritt mit Wirkung zum 01.07.2019 in Kraft und ersetzt die bisher gültigen Richtlinien vom Stand 26.03.2015.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12

Ablehnung: -

Enthaltung: -

zu 7 Bekanntgabe des nichtöffentlich gefassten Beschlusses

Der Vorsitzende gibt den nichtöffentlich gefassten Beschluss zu TOP 3.4 bekannt.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

1. Die soziale Dienstleistung „Beratung und Unterstützung von Pflegepersonen nach § 37 (2) SGB VIII“ wird im „offenen Verfahren“ gemäß § 119 Abs. 3 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) EU-weit ausgeschrieben.
2. Die Ausschreibung erfolgt als Gesamtauftrag für den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes ohne Unterteilung in Lose.
3. Die Vergabe der Leistung erfolgt für die Zeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2025.
4. Kriterien für die Vergabe sollen die Beratungskonzeption und die von den Bewerbern angegebenen Kosten sein, die sie für die Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungen geltend machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12

Ablehnung: -

Enthaltung: -

zu 3.5 Überplanmäßige Förderung von Projekten nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie zur Stärkung sozialräumlicher Angebote im Rahmen von Regionalbudgets in Henstedt-Ulzburg Vorlage: DrS/2017/013-2

Frau Görner führt in die Vorlage ein. Frau Saggau fasst zusammen, dass die Regionalbudgets für mehr Flexibilität der Teams erhöht worden seien. In der praktischen Arbeit habe sich nun herausgestellt, dass das Budget für die Region Henstedt-Ulzburgs nicht auskömmlich sei.

Frau Schultz möchte wissen, ob künftig unterschiedlich hohe Budgets eingerichtet werden sollten. Hierfür müsse ggf. die Richtlinie geändert werden. In Wahlstedt sei die Hausaufgabenhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund eingestellt worden, da nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden. Das Angebot sei aus ihrer Sicht sehr sinnvoll und sollte aufrechterhalten werden. Frau Pasberg regt an, eine Gegenüberstellung der Gruppen zu fertigen. Ziel der Jugendhilfe sei es, Hilfe über Gruppenarbeit zur Verfügung zu stellen und dadurch bei den Einzelfallhilfen zu sparen. Gleichzeitig fragt sie nach einer Finanzierung über andere Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel über den Lions-Club.

Frau Schultz ist der Ansicht, dass die Budgets grundsätzlich eingehalten werden sollten, da es sonst zu Ungerechtigkeiten kommen könnte. Eine Finanzierung über den Lions-Club halte sie für schwierig, da es sich um Jugendhilfearbeiten handle, die vom Kreis zu finanzieren seien. Notfalls müssten die Budgets erhöht werden, die Projekte seien alle sehr gut begründet. Auch Herr Heyl vertritt die Auffassung, dass diese Gruppen ein sehr wichtiger Bestandteil der Jugendhilfearbeit seien. Es würde sehr gute Präventionsarbeit geleistet, die Ausgaben an anderer Stelle vermindere, da die Kinder aufgefangen werden.

Herr Dr. Marsch verweist darauf, dass die Aktivitäten in den Sozialräumen unter-

schiedlich hoch seien und es deshalb zu unterschiedlichen finanziellen Bedarfen komme. Die Budgets sollten entsprechend angepasst werden.

Frau Saggau vertritt die Auffassung, dass die Teams besser mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen sollten. Die Budgets seien gerade erhöht worden. Herr Stankat teilt hierzu mit, dass die Bemessung des Budgets für Henstedt-Ulzburg nicht bedarfsgerecht vorgenommen worden sei und zum nächsten Haushalt genauere Bedarfe auf der Grundlage der IST-Zahlen ermittelt werden würden.

Herr Heinze verweist auf einen Rechenfehler in der Anlage zur Vorlage. Der zusätzliche Bedarf belaufe sich nicht wie dargestellt auf 33.579,98 €, sondern auf 17.557,41 €. Der Beschlussvorschlag werde entsprechend angepasst. Weiter teilt er mit, dass eine Richtlinienänderung, wie von Frau Schultz angeregt, nicht notwendig sei, da die Förderhöhen nicht Bestandteil der Richtlinie seien. Sofern der Ausschuss der heutigen Vorlage folge, werde in die nächste Sitzung für zwei der Gruppenangebote in Henstedt-Ulzburg noch weitere Vorlage eingebracht, da jährliche Förderhöhen über 10 TEUR eine Beschlussfassung des Ausschusses erfordern.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt in Anwendung der Richtlinie zur Stärkung sozialräumlicher Angebote im Rahmen von Regionalbudgets vom 09.02.2017, die einmalige Bereitstellung einer zusätzlichen Summe in Höhe von 17.557,41 EUR im Jahr 2019 zur Finanzierung der laufenden Gruppenangebote.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 3.6 1. Nachtragssatzung zur Satzung für das Jugendamt des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2019/041-1

Es erfolgt keine Aussprache. Der Ausschuss nimmt die geänderte Satzung zur Kenntnis.

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Bericht zum aktuellen Stand der "Kita-Reform" in Schleswig-Holstein Vorlage: DrS/2019/083

Herr Wenzel führt in die Vorlage ein und erläutert die geplanten gesetzlichen Änderungen.

Herr Köppen stellt fest, dass sich vieles ändern werde und der Aufwand für den Kreis höher wird. Er fragt, ob Musterkreise festgelegt worden seien. Herr Wenzel erklärt, dass die Kreise Herzogtum-Lauenburg und Rendsburg-Eckernförde als Musterkreise festgelegt worden seien. Auch er ist der Ansicht, dass das Verfahren komplizierter werde und einige Kitas finanziell profitieren werden, andere jedoch schlechter dastehen werden.

Frau Saggau weist auf die Probleme hin, wenn bei der angestrebten pro-Kopf-Förderung Gruppen nicht mehr voll belegt werden können. Herr Wenzel teilt mit, dass eventuelle Leerstandskosten der Kreis zu tragen habe, wie auch andere strukturelle Nachteile einzelner Kitas, deren Kosten nicht durch die steigenden Zuschüsse gedeckt werden. Diesen Mehrkosten des Kreises stehen evtl. Minderkosten bei der Beitragsermäßigung gegenüber. Genaue Berechnungen seien aber zum heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Herr Wenzel erklärt auf Nachfrage von Herrn von Essen, dass es künftig eine maximale Gruppengröße von 22 Kindern geben werde. Größere Gruppen werden nicht mehr genehmigt. Dieses erzeuge Druck bei den Gemeinden, alle Kinder weiterhin unterbringen zu können. Herr Stankat erläutert weiter, dass es eine Übergangsphase für die Kitas geben werde. Seitens des Kreises sei eine Personalaufstockung nötig, deren Ausmaß zurzeit noch nicht absehbar sei. Herr Pohlmann bemängelt, dass die Folgen der Reform nur schwer absehbar seien. Herr Wenzel teilt mit, dass in der Arbeitsgruppe auf Landesebene auch Kommunen und Träger vertreten seien, die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen aber tatsächlich schwer zu kalkulieren seien. Da die Änderungen zum 01.08.2020 in Kraft treten werden, werden die Auswirkungen auf den Haushalt in 2020 voraussichtlich nicht so groß sein. Herr von Essen bittet darum, dem Jugendhilfeausschuss eine Musterberechnung vorzulegen, sobald diese vorliegt.

**zu 4.2 Anfrage der FDP-Fraktion zu Betriebskindertagesstätten
Vorlage: DrS/2019/068**

Es werden keine Fragen gestellt.

**zu 4.3 Anfrage der Wählerinitiative Segeberg zu Pflegeeltern
Vorlage: DrS/2019/085**

Es werden keine Fragen gestellt.

**zu 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht I/2019
Vorlage: DrS/2019/086**

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Pohlmann verweist auf eine Veranstaltung „10 Jahre Tagespflege“.

Frau Schultz erkundigt sich nach der Ausschreibung der Beratungsleistungen. Laut Informationen auf der Homepage des Kreises seien Kaltenkirchen und Bad Bramstedt nicht enthalten. Herr Stankat klärt auf, dass Teile der Ausschreibung wiederholt werden mussten, da keine gültigen Angebote eingereicht worden seien. Der Fachausschuss werde über die zu vergebenden Aufträge ordnungsgemäß informiert,

für die nachzuholenden Ausschreibungen werde es später separate Vorlagen geben.

Herr Stankat erklärt auf Nachfrage von Frau Pasberg, dass es im Bereich der Sozialen Dienste des Jugendamtes eine hohe Personalfluktuaton aus unterschiedlichen Gründen gebe. Die Verwaltung sei bestrebt, die Mitarbeiter durch ein gutes Einarbeitungskonzept, gezielte Schulungen und Einbindung in die Teams zu halten. Die vorhandenen Stellen seien jedoch nie vollständig besetzt, so dass sehr auf die Mitarbeiter bezüglich Überforderung geachtet werden müsse. Geeignetes Fachpersonal sei zurzeit sehr schwer zu bekommen, auch weil der öffentliche Dienst für viele Arbeitnehmer nicht mehr attraktiver sei als andere Arbeitgeber.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Heyl kündigt einen Änderungsantrag seitens des KSV zur Richtlinie für die Zuschussgewährung für die Jugendleitercard (Juleica) an.

Frau Pasberg bittet um einen Sachstandsbericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen in Schackendorf.

Herr Stankat berichtet, dass folgende Punkte vorgesehen seien:

- Jährlicher Bericht VJKA
- Vertrag KJR zur institutionellen Förderung
- Kinderschutzbericht
- Bericht Zahngesundheit
- „Verrückt – na und“
- Projektbericht eines Sozialraumträgers

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Holger Pohlmann
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)